

## Erste Hürde auf dem Weg zur Spitze erfolgreich genommen

Im bundesweiten Wettbewerb der Spitzenuniversitäten ist die TU München guter Dinge: Vom internationalen Gutachtergremium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Wissenschaftsrats ist sie aufgefordert, in den drei Förderlinien Exzellenzcluster, Graduiertenschulen und Zukunftskonzept jetzt ausführliche Anträge einzureichen.

Erfolgreich sind aus dieser ersten Runde hervorgegangen:

### Exzellenzcluster

Cognition for Technical Systems  
Green Revolution II  
Origin and Structure of the Universe – The Cluster of Excellence for Fundamental Physics  
Munich Centre for Integrative Protein Science (gemeinsam mit der Ludwig-Maximilians-Universität München, LMU)

### Graduiertenschulen

International Graduate School of Science and Engineering  
Munich Mathematical Science Center: Graduate School of Mathematical Sciences (gemeinsam mit der LMU)

Darüber hinaus sind Wissenschaftler der TUM wesentlich beteiligt an drei Exzellenzclustern der LMU:  
Nanosystems Initiative Munich (NIM)  
Munich-Centre for Advanced Photonics (MAP)  
Innovation – Tracing Patterns of Competence, Competition and Governance (INTRAC)

### Zukunftskonzept

»TUM.The Entrepreneurial University.«

TUM-Präsident Wolfgang A. Herrmann hob in einer ersten Bewertung der Gutachterempfehlungen hervor, dass die spezifischen wettbewerblichen Stärken der beiden Münchner Universitäten und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei den gemeinsamen Anträgen erfolgreich zusammengefunden haben. Diese Erkenntnis müsse die künftige Politik des Wissenschaftsraums München prägen. Was die 3. Förderlinie (Zukunftskonzept) betrifft, so werde die TU München ihr Konzept der »Unternehmerischen Universität« umfassend ausgestalten. Dazu gehört das »Institute for Advanced Study«, in dem als exzellent erkannte internationale Wissenschaftler sowie der wissenschaftliche Nachwuchs Raum zur Entfaltung ihrer Kreativität erhalten sollen, frei von wissenschaftsfeindlicher Alltagsroutine. *red*

Zur Exzellenzinitiative s.a. TUM-Mitteilungen 5-2005, S. 4

TUM-Präsident Wolfgang A. Herrmann zur Föderalismusreform\*

## Stärkung der Hochschulen durch Wettbewerb

*Tempora mutantur:* Hatten die Länder im Gefolge der 68er-Protestbewegung ihre Zuflucht in einem föderalen Schutzbündnis gesucht und zunächst auch gefunden, so erweist sich das Hochschulrahmengesetz des Bundes heute als zunehmend wettbewerbshinderlich. Das liegt nicht nur daran, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Länder - mit Steuerdeckungsquoten zwischen 37 und 73 Prozent - weit auseinanderklafft, sondern auch daran, dass der Aufstellungsbedarf im europäischen und internationalen Wettbewerb unterschiedlich gesehen wird. Einige hängen der behördlichen Hochschule nach, andere beschreiten den Weg zum Wissenschaftsunternehmen nach dem Prinzip Autonomie und Verantwortung. Die Hochschulverfassungen der Länder weisen schon heute gravierende Unterschiede auf. Es ist erkannt, dass der fortschreitende Autonomieprozess nicht mehr bundeseinheitlich gestaltbar ist.

Deshalb ist die Föderalismusreform der zentrale Schritt zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland. Der Beteiligungsföderalismus ist durch einen Gestaltungsföderalismus zu ersetzen, der allein die wettbewerblichen Kräfte zu entfalten verspricht. Die Länder verzichten auf einen beachtlichen Teil ihrer Mitwirkungsrechte im Bundesrat. Dadurch können Verantwortlichkeiten entzerrt, Entscheidungsprozesse beschleunigt und die Handlungsfähigkeit der Hochschulen als zentrale Instanzen der gesellschaftlichen Entwicklung hergestellt werden. Die Schwerfälligkeit der bundesstaatlichen Mischfinanzierungen wird reduziert, die Europatauglichkeit des Grundgesetzes verbessert. Die Kompetenzentflechtung schafft Klarheit für Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Die Bundesländer werden Misserfolge in der Hochschulentwicklung künftig nicht mehr dem Bund anlasten können. Sie müssen künftig selbst zeigen, was sie wollen und vermögen.

\* Gastbeitrag in: Frankfurter Rundschau, 24. Januar 2006

Der Bund kann nicht mehr über den »goldenen Zügel« der Finanzhilfen in die Hochschulstrukturen hineinregieren. Stattdessen sind die Bundeskompetenzen, durchaus vernünftig, auf die Hochschulzulassung und die Hochschulabschlüsse beschränkt, um die »Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich« festzustellen. Aber auch hier sind länderspezifische Abweichungen auf dem Boden des Grundgesetzes umfassend möglich.

Während sich die Bundesländer im »Europa der Regionen« bildungs- und hochschulpolitisch in eigener Verantwortung profilieren und dabei auch blamieren können, wird es unweigerlich zu einer wettbewerblichen Differenzierung im nationalen System, mithin zur Verbesserung der internationalen Sichtbarkeit der Leistungsträger kommen. Es ist nun in der Hand der Länder, binnenstrukturelle Maßnahmen zur Schwerpunktsetzung zu ergreifen. Klug ist es aber auch, dass die gemeinsame Förderung überregional bedeutender Forschung erhalten bleibt und im Rahmen der bisherigen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau präzisiert wird. Im internationalen Wettlauf um wissenschaftsgetriebene Produkte, Verfahren und Dienstleistungen ist nämlich vermehrt die Verschränkung der nationalen Leistungszentren erforderlich. Nur so ist die kritische Masse erreichbar. Dabei genügt der Hinweis auf die Energieforschung, die Biogenen Rohstoffe, die Biotechnologie in allen ihren Varianten, die Gesundheitsforschung im psychosozial-gesellschaftlichen Kontext und die Nanotechnologien, so unvollständig diese Aufzählung auch ist.

Neue Chancen wird der kompetitive Föderalismus auch den Studierenden bringen: Ein waches Auge für Qualität und Bereitschaft zur Mobilität vorausgesetzt, werden sie

zunehmend die Wahl zwischen exzellenten Angeboten haben, die ihren Begabungen und Neigungen entsprechen. Im Gegenzug wird die junge Generation auch bereit sein, ein niveauvolles Hochschulstudium als Lebensinvestition dort mitzufinanzieren, wo Leistung und Gegenleistung stimmen. Qualitätszentren werden es nämlich leichter haben, private Vermögen für Stipendien zu aktivieren, ebenso wie sie sozialverträgliche Darlehensysteme leichter hinbekommen als Hochschulen, die sich lediglich auf die staatliche Mindestversorgung verlassen.

Schon jetzt ist abzusehen, dass mittelfristig nicht mehr alle Universitäten das Gleiche machen. Die tüchtige Nachwuchsgeneration wird immer weniger dort studieren, wo die Waschmaschine des elterlichen Haushalts am nächsten ist. Um in meinem Fach zu bleiben: Es wird nicht mehr 52 Chemiefakultäten in Deutschland geben, denn die »Abstimmung mit den Füßen« wird in einem wettbewerblichen System naturgemäß Folgen haben.

Damit ist nicht gesagt, dass die Föderalismusreform alle Probleme löst: Nur wenn die Länder mutig genug die wettbewerbliche Differenzierung zulassen, Leistung fördern, den Behördencharakter ihrer Hochschulen überwinden und international ticken - erst dann werden wir von der Wärmestube der unentgelt-

lichen Zweitklassigkeit auf die globale Bühne hinaustreten. China lässt ebenso grüßen wie Indien, aber Europa auch.

### Studierende diskutieren mit Politikern



Am 6. Dezember 2005 stand auf der Tagesordnung des Bayerischen Kabinetts die Verabschiedung von vier Gesetzen zur Hochschulreform. Die Politik hatte sich dafür einen inspirierenden Ort gewählt: Garching. Dort nutzten Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel die Gelegenheit, mit Studierenden der TUM über die Hochschulreform zu sprechen. Die jungen Leute fürchten um ihre Autonomie und Mitwirkungsrechte, weil die Reform ihnen zum Beispiel bei der Berufung von Professoren zwar ein Stimmrecht lässt, eine schriftliche Stellungnahme aber nicht mehr vorsieht. Beim Thema Studiengebühren sehen sie einen Großteil der Gelder in studienfremde Kanäle versickern. Tatsächlich werden bis zu 25 Prozent für die Verwaltung draufgehen, aber »es handelt sich um einen Studienbeitrag, durch den zusätzliche Leistungen finanziert werden«, wie Goppel bekräftigte. Das Bild zeigt die Studierenden mit dem Ministerpräsidenten (2.v.r.) und TUM-Präsident Prof. Wolfgang A. Herrmann (r.).

Foto: Heinz Firching